



jung+liberal

Das Mitgliedermagazin der Jungen Liberalen

Unser Zug ist abgefahren,
doch wir sitzen drin.

Absolute Beginner Rock On

150€
+

unter
150€

Werbe
mittel

Florian Bernschneider
Richard Boeck
Stephan Dehler
Rainer Erdel
Knut Gerschau
Henning Höne
Eike Hoffmann
Ralf Lange
Christoph Schnurr

Cansel Alkinci
Lasse Becker
Norbert Bläsner
Martin Brinkmann
Juergen Brucker
Lisa Freitag
Mario Göttling
Christian Habenicht
Stefan Lucke
David Salm
Johannes "Hanni" Wolf

Ralph Bombis
Marco Buschmann
Bijan Djir-Sarai
Angela Freimuth
Leopold Grimm
Heiner Kamp
Michael Kauch
Sebastian Körber
Patrick Meinhardt
Gesine Meißner
Thomas Nüchel
Gisela Piltz
Christoph Schnurr
Jimmy Schulz
Michael Theurer
Serkan Tören
Johannes Vogel
Helmut von Zech

#Freiheit

LEBE
FREIHEIT

Danke!

Unseren herzlichen Dank an alle Spender und Werbemittelpaten des Wahlkampfs 2013.

Freiheit
Julis

jung
liberal

Inhalt 04/2013



4-6 Neustart - nur mit Charakter und Haltung

Wie sieht eine FDP aus, die ihre letzte Chance nach dem Ausscheiden aus dem Bundestag nutzt und 2017 erneuert in die politische Bundesliga zurückkehrt?



8-9 Politikverweigerung ist keine Politik

Auf dem Weg zur Selbstfindung muss die FDP drei Dinge unbedingt erkennen, um nicht in eine dauerhafte Abwärtsspirale zu geraten.



10/11 Doppelspitze: Noch eine Chance für die Liberalen

Das Glück der Vielen legt man nicht in die Hände einer Partei, die nur die Wenigen oder gar hauptsächlich sich selbst im Auge zu haben scheint.



12/13 Netzpolitik 1.8

Wir müssen die Positionen die wir haben auch kommunizieren. Das gilt nicht nur für die Netzpolitik und vor allem gilt das auch nicht nur im Netz.

- 2 Kurz und Knapp: Memos aus dem Verband
- 3 Editorial
- 4 Neustart - nur mit Charakter und Haltung
- 7 Liberalismus oder Klientelpolitik?
- 8 Politikverweigerung ist keine Politik
- 10 Doppelspitze: Noch eine Chance für die Liberalen
- 12 Netzpolitik 1.8
- 14 Auf zu neuen Ufern?
- 16 Erfolg statt reine Lehre
- 18 Gedanken zu Europa
- 20 Auf eine Kippe mit Alex
- 22 Internationale Seiten

Editorial

Liebe JuLis,

Des Pudels Kern

Die Wahlen sind vorbei. Sowohl in Bayern als auch im Bund findet sich die FDP in der außerparlamentarischen Opposition wieder. Im Bundesland Bayern ist dies historisch gesehen seit den 80ern schon quasi Normalität, scheiterten die Freidemokraten im Freistaat doch häufiger am Landtageinzug als dass sie ihn schafften. Als Teil der amtierenden Regierungskoalition stellt aber auch das bayerische Ergebnis ein Novum dar.

Stärker wiegt die Zäsur im Bund: Zum ersten Mal seit Bestehen der Bundesrepublik Deutschland ist keine liberale Partei im Parlament vertreten. Und die Zeit, die uns bleibt Ursachenanalysen zu betreiben und den Neustart zu beginnen, rinnt dahin, stehen doch 2014 Europawahlen an.

Jedem muss klar sein: Das Konzept des nützlichen Steigbügelhalters, das die FDP-Parteispitze gerade zum Ende des Wahlkampfes präferierte, geht nicht auf. Das Funktionsargument ist nicht relevant, eine liberale Partei wird nicht aus reinem Kalkül gewählt, um z.B. eine absolute Mehrheit zu verhindern. Eine Partei, die keine eigenen inhaltlichen Akzente setzt, kann eben auch das Kunststück schaffen als amtierender Regierungspartner aus dem Parlament gewählt zu werden. Die Partei hat nicht nur einen würdelosen Wahlkampfsprint geliefert, indem sie sich in der Zweitstimmenkampagne anbiederete, sondern auch liberale Antworten auf wichtige gesellschaftliche Fragen vermissen lassen. Und das, obwohl in jahrlanger Sisyphusarbeit eine zeitgemäße intellektuelle Grundlage in Form unseres neuen Grundsatzprogramms erarbeitet

wurde, das es ermöglicht hätte vereinzelte Forderungen in ein Gesamtkonzept zu gießen. Schlussendlich bleibt, dass die Partei neu anfangen muss, wenn sie wieder eine Rolle spielen will. Aktuell wird sie weder gebraucht noch gewünscht. Und das ist ihre eigene Schuld. Daher debattiert diese j+l-Ausgabe diese Vergangenheit und Zukunft des politischen Liberalismus in Deutschland - um sich des Pudels Kern zu nähern.

Viel Spaß beim Lesen!

Euer Michael

P.S.: Nach nun zwölf Ausgaben und drei Jahren wird dies meine letzte Ausgabe des j+l sein, die ich zu beantworten habe. Ich danke allen, die mich in den letzten Jahren mit Beiträgen und Ideen unterstützt haben!



Michael im Netz

- e-mail lindner@julis.de
- facebook [mlin83](#)
- www michael-lindner.info

Neustart

nur mit

Charakter

und Haltung



Die Wahl ist verloren – der Katzenjammer ist groß. Wie sieht eine FDP aus, die ihre letzte Chance nach dem Ausscheiden aus dem Bundestag nutzt und 2017 erneuert in die politische Bundesliga zurückkehrt? Eine Meinung von zwei alten Hasen der Jungen Liberalen.

Es ist müßig, die Gründe für die größte Niederlage in der FDP wieder und wieder abzuspulen. Zwei Monate nach der Wahl dürfte auch dem Letzten in der Partei klar geworden sein, wo wir stehen. Der Zustand der Partei, die Motivationslage ihrer Mitglieder, die Funktionalität ihrer Strukturen – das alles an einem kritischen Punkt. Wo beginnt der Neustart? Der Neustart beginnt genau hier. Der Neustart beginnt bei Dir. Der Neustart beginnt bei jedem einzelnen Mitglied der JuLis und der FDP.

Als Liberale sollten wir anfangen uns darüber zu unterhalten, wo wir hin wollen. Wir beginnen neu. Wie sieht die FDP aus, die wir uns wünschen? Eine Partei die liberal, demokratisch und leistungsfähig ist. Eine Partei, in der man sich wohl fühlt.

Charakter

Die neue FDP lebt von motivierten und streitbaren Mitgliedern. Wir brauchen und bekommen – überraschenderweise – nach der Wahl hochmotivierte Mitglieder, die zu uns kommen, um etwas zu bewegen. Diese Mitglieder werden wir nur halten, wenn wir ihnen Angebote machen. Sie brauchen Stammtische, an denen wirklich politisch diskutiert wird – nicht nur über die nächsten Vorstandswahlen, sondern auch über erneuerbare Energien. Sie brauchen das Gefühl in einer Partei zu sein, die offen für neue Ideen ist, die gerade jetzt spannend ist und in der ihre Meinung wert geschätzt wird.

Für eine solche einladende Diskussionskultur ist es wichtig, dass wir andere Meinungen im liberalen Spektrum nicht diskreditieren.

Es ist wichtig, dass wir auch die abstrusesten Beiträge ernst nehmen und uns mit ihnen auseinandersetzen. Eine erfolgreiche liberale Partei ist in jedem Land die Stimme der Vernunft – nicht die Stimme der Dogmen. Dogmen und Ideologien werden nicht realitätsnäher, nur weil sie liberal sind.

Niemand erwartet von der FDP eine Partei zu sein, die auf jede Frage die eine all-seeligmachende Antwort hat. Aber alle unsere Anhänger erwarten von der FDP, dass sie eine Partei ist, die ernsthaft und aufrichtig für die Verbesserung der Lebenswirklichkeit aller Bürger kämpft. Für die Verbesserung dieser Lebenswirklichkeit ist es Notwendigkeit, dass unsere gewählten Vertreter auf allen Ebenen diese Lebenswirklichkeit auch kennen. Es ist wichtig, dass unsere Amts- und Mandatsträger sich auch ganz bewusst in Situationen begeben, die ihnen nicht vertraut sind. Um es plakativ zu machen: Ein sozialpolitischer Sprecher sollte regelmäßig eine Bahnhofsmission besuchen und ein wirtschaftspolitischer Sprecher einen Handwerksbetrieb mit drei Mitarbeitern.

Wir haben weniger Liberale, die jetzt durchgängig den ganzen Tag nichts als Politik machen. Das ist in Ordnung. Das kann sogar gut sein. Wenn wir es umgekehrt auch schaffen, dass die anderen 99 % der Mitgliedschaft an einem Tag (im Monat) irgendwas mit Politik machen, dürften wir mit einem Plus aus dieser Rechnung herausgehen. „Da oben“ ist niemand mehr, auf den man schimpfen könnte. Sie sind alle weg, und die meisten kommen (hoffentlich) auch nicht wieder. Es ist jetzt an der Zeit, den eigenen Arsch hoch zu bekommen! 2014 sind in 11 Bundesländern Kommunalwahlen. Gelegenheiten sind also ausreichend vorhanden.

Struktur

Die Strukturen der FDP sind Strukturen voller Missverständnisse. Jeder, der schon ein paar Tage dabei ist, kennt die „man müsste mal“-Vorstandssitzungen – auf allen Ebenen. Es gibt kein „man“ mehr. Die Geschäftsstellen sind häufig personell unterbesetzt, wenn überhaupt noch mit Hauptamtlichen ausgestattet. Wenn ihr in eurer Stadt, in eurem Kreis oder Bezirk etwas machen wollt, dann sucht euch ein paar Mitstreiter und macht es.

Das Gleiche muss auch innerparteilich gelten. Wir brauchen klare Verantwortlichkeiten

für verschiedene Aufgabengebiete in FDP-Vorständen – genauso wie wir Mitglieder brauchen, die die gewählten Vorstände auch an ihre Aufgaben erinnern und sie ggf. dabei unterstützen. Was viele JuLis seit der ersten Sitzung kennen, erscheint in FDP Gliederungen meist revolutionär.

Fachgremien wie Bundesarbeitskreise und Bundesausschüsse sollten wieder Arbeitsgremien werden und die gesamte Organisation am intellektuellen Mehrwert ihrer Veranstaltung teilhaben lassen. Die Mitarbeit darf heute aber nicht mit der Beendigung der Tagesordnung enden, sie geht im Netz – mit der Vorbereitung und Diskussion von Anträgen und Veranstaltungen – weiter.

Viele Ideen werden diskutiert – Rede- und Antragsrecht auf Parteitag für alle Mitglieder, Abstimmungen der Mitglieder über Leitansätze, ein Leitansatz-Wiki, Redebeiträge auf Bundesparteitagen nach Eingang der Wortmeldung etc. Wir haben jetzt drei Jahre Zeit, um diese Konzepte rund zu machen und durch die Beschlussorgane zu schieben. Es ist Zeit anzufangen.

Haltung

Dass die FDP eine ganzheitliche liberale Partei ist, glaubt uns auf der Straße kein Mensch. Selbst in unseren eigenen Reihen wissen es viele nicht. Die Ursache dafür ist schnell gefunden.

Bei unseren Mitgliedern liegt es daran, dass sie die Beschlüsse selten lesen. Sie wissen auch, dass bei der FDP Papier geduldig ist, dass aber der Vorstand im Zweifel doch etwas anderes macht. Dass die inhaltliche Debatte und Positionierung in der Partei maximal zweitrangig ist. Diese Mitglieder werden sich wieder mehr für Inhalte interessieren, wenn wir den inhaltlichen Debatten auch auf Kreis-, Bezirks- und Landesparteitagen wieder mehr Gewicht beimessen. Wenn wir sie der Sache wegen führen und uns selbst an der Sache orientieren. Auch dieses Umdenken beginnt bei jedem selbst und bei denen in Verantwortung in der Gestaltung von Tagesordnungen und Zeitplänen.

Dazu gehört natürlich auch, dass sich demokratisch gewählte Vorstände auch an demokratisch beschlossene Positionen halten. Natürlich darf jeder seine eigene Meinung haben,

die auch weit von der Beschlusslage entfernt liegen kann. Aber in der Öffentlichkeit können wir zu Recht von einem Vorstandsmitglied erwarten, dass er die Position seiner Gliederung vertritt. Oder einfach mal schweigt.

Ein weiteres Hindernis für viele unserer Mitglieder ist der Sprachstil unserer Anträge. Wir brauchen kürzere Anträge in einfacheren Worten. Sätze sollten kurz sein. Fremdwörter darf man vermeiden. Vom Schöngestigen zum Praktischen – das schafft Verständnis und Sympathie. Bei den Wählern ist der Fall noch klarer. Kein Wähler liest 80 Seiten Wahlprogramm. Die wenigsten lesen ein Grundsatzprogramm. Umso wichtiger ist es, dass wir unsere Kernthemen mit prominenten Köpfen besetzen. Umso wichtiger ist es, dass wir uns selbst klar machen – vor jedem Termin –, was die Kernbotschaft ist.

Wir brauchen kein neues Grundsatzprogramm. Wir brauchen nicht mehr Beschlüsse. Wir brauchen keine inhaltliche Neuausrichtung der Partei. Was wir brauchen ist eine inhaltliche Ausrichtung der Partei.

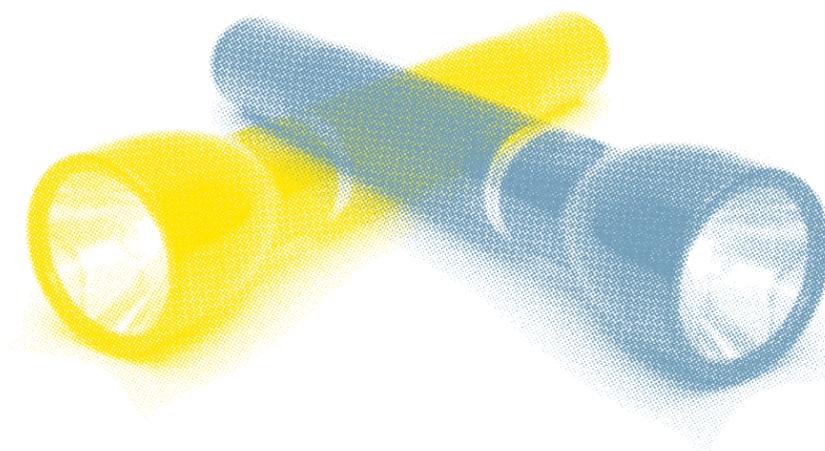
Das alles wird uns niemand vorleben. Das alles wird zu keinem Zeitpunkt erreicht und gesichert sein. Diese Verbesserung der liberalen Partei in Deutschland ist ein kontinuierlicher Prozess und er lebt davon, dass es Menschen gibt, die ihn tragen. Er wird nur erfolgreich sein, wenn wir uns dabei von Rückschlägen weder entmutigen lassen noch verbittert werden, sondern fröhlich und engagiert solange gegen Wände laufen, bis sie nicht mehr da sind.

Marcus Faber (29) ist das einzige Mitglied eines FDP-Landespräsidiums unter 30. Er ist stellvertretender Landesvorsitzender der FDP Sachsen-Anhalt.

[e-mail Faber-Stendal@t-online](mailto:Faber-Stendal@t-online)

Mona Model (30) war bei den JuLis unter anderem als Mitglied des Bundesvorstands und Landesprogrammatikerin in Hessen aktiv.

[e-mail model@julius.de](mailto:model@julius.de)



Liberalismus oder Klientelpolitik?

Licht und Schatten in der Legislaturperiode 2009–2013

Oft wird in den Medien der Vorwurf der Klientelpolitik gegen die FDP erhoben. In Teilen der öffentlichen Wahrnehmung hat sich der Eindruck festgesetzt, diese Partei trete besonders für die Interessen der Ärzte und Apotheker ein. Aber ist das Tatsache oder beruht das lediglich auf Vorurteilen?

Schauen wir uns die vorangegangene Bundestags-Legislaturperiode genauer an: In den Koalitionsvertrag floss unter anderem die Liberalisierung des Fernbusmarktes als FDP-Forderung ein. Der, ursprünglich vom Berliner Landeskongress 1/2009, beschlossene Antrag der JuLis FKN wurde mit dem Gesetz vom 14. Dezember 2012 geltendes Recht. Nun haben die Verbraucher preiswertere Alternativen zur Bahn, die sich plötzlich unter Zugzwang sieht und mit Rabattaktionen, kostenlosem Internet auf Bahnhöfen und einem eigenen Angebot „IC Bus“ reagiert.

Diese Initiative wurde medial sehr positiv wahrgenommen. So titelte Alexander Demling von Spiegel Online „Ludwig Erhard würde Bus fahren“ und bezeichnete die Entscheidung als

„Lehrstück, wie sozial Marktwirtschaft sein kann“. Obwohl die Eisenbahngewerkschaft EVG massiv gegen die Fernbusliberalisierung Stimmung machte, hat sich gezeigt, dass die Eisenbahner nicht um ihre Arbeit fürchten müssen. Dort hat sich der gleichfalls positive Trend bei den Reisendenzahlen fortgesetzt. Die Fernbusse bedienen primär einen Kundenkreis, für den es vorher – dank des Verbotes, das die Staatsbahn schützen sollte – schlicht kein adäquates Angebot gab.

Doch in anderen Branchen ist man von Marktwirtschaft weit entfernt, etwa im Gesundheitssektor. Das fängt mit dem Verbot von Apothekenketten oder auch der Apothekenpflicht für viele Medikamente an. In Aachen kosten Schmerzmittel doppelt so viel wie hinter der niederländischen Grenze in Vaals, wo viele rezeptfreie Medikamente auch im Einzelhandel erhältlich sind. Branchenvertreter behaupten gern, dass der Kunde einen Beratungsbedarf habe, der ja nur in der Apotheke gedeckt werden könne. Das ist eine reine Schimäre, wie jeder weiß, der online Medikamente bestellt oder auch in der vollen Bahnhofsapotheke zur Rush-

Hour mit der Frage „Anwendung ist Ihnen bekannt?“ abgefertigt wird.

Im Juni 2013 beschloss der Bundestag auf Initiative des von einem FDP-Minister geführten Gesundheitsministeriums ein Rabattverbot für ausländische Versandapotheken. Bereits zuvor war der Preis für verschreibungspflichtige Medikamente in Deutschland gebunden, so dass inländische Apotheken hierauf keine Rabatte geben dürfen. Branchenvertreter forderten dieses Verbot schon länger mit dem zweifelhaften Argument, dass mancher Patient ja wegen des Rabatts die Einnahme seiner Medikamente verzögern könnte. Doch wenn wir als Liberale den „Veggie-Day“ ablehnen und grünen Verbotspänen das Leitbild des eigenverantwortlichen Verbrauchers entgegensetzen, wäre es nur konsequent, auch andere Verbote kritisch zu betrachten.

Denken wir an das Buchpreisbindungsgesetz. Deutschen Buchhändlern ist es verboten, Rabatte auf Bücher zu geben, um die überlieferten Strukturen des Buchhandels zu schützen. Selbst von der FDP wird dieses Gesetz nicht in Frage gestellt, obwohl es den Verbraucher belastet, das angestrebte Ziel nicht erreicht hat und im Zeitalter des eBook-Selbstverlags mehr als antiquiert wirkt. Die Schweiz hat ein ähnliches Gesetz übrigens kürzlich per Volksabstimmung abgeschafft. In den USA gelten Preisabsprachen zwischen Verlagen und Händlern – wie im Apple-iBooks-Verfahren zu sehen – sogar als illegales Kartell.

Konsequent ist daher nur: Mehr Mut zum Liberalismus! Die FDP muss neue Wählerschichten erschließen. Das Eintreten für einen fairen Wettbewerb und marktwirtschaftliche Prinzipien ist unser liberales Alleinstellungsmerkmal. Wir JuLis können einen wertvollen Beitrag zu dieser fälligen Diskussion leisten und sollten uns nicht scheuen, althergebrachte Privilegien in Frage zu stellen, gerade im Interesse des mündigen Verbrauchers und damit des „kleinen Bürgers“.

Maximilian Yang (22), Student/Angestellter und Bezirksvorsitzender der JuLis FKN (Friedrichshain-Kreuzberg und Neukölln)

[e-mail max.yang@julius-fkn.de](mailto:max.yang@julius-fkn.de)



Seit dem Wahltag herrscht bei der FDP Einigkeit, dass sich etwas ändern muss. Was alles falsch gelaufen ist, dazu gibt es mindestens so viele Meinungen, wie es hörbare Stimmen in der FDP gibt. Dasselbe gilt ebenso für die Frage danach, wie es weitergehen soll. Man darf sich darauf gefasst machen, dass das, was über 15 Jahre versäumt wurde, vor allem an inhaltlicher Arbeit und entsprechenden Weichenstellungen nicht über Nacht aufgearbeitet werden kann. Der Partei steht eine Phase harter, schwieriger Diskussionen bevor.

Auf dem Weg zur Selbstfindung muss die FDP allerdings drei Dinge unbedingt erkennen, um nicht in eine dauerhafte Abwärtsspirale zu geraten. Zunächst muss verstanden werden, dass Politikverweigerung keine Politik ist. Das mag banal klingen, ist für manche Liberale, die in erster Linie einem negativen Freiheitsbegriff anhängen, allerdings nicht selbstverständlich. Freiheit von Zwang, von Bevormundung ist nur eine Seite der Medaille. Freiheitschancen zu schaffen, die andere. Keine Frauenquote, kein Mindestlohn, um nur zwei Beispiele zu nennen – das mögen notwendige Positionen aus liberaler Sicht sein, hinreichend sind sie allerdings nicht. Denn nur weil man bestimmte Lösungen ablehnt, verschwinden die Probleme dahinter – in diesem Fall Niedriglöhne in bestimmten Bereichen der Wirtschaft und eine Unterrepräsentation der unfraglich gut ausgebildeten Frauen in verantwortlichen Positionen – noch lange nicht.

Wer gesellschaftliche Probleme anerkennt, mit den vorliegenden interventionistischen Lösungsvorschlägen von Union, SPD, Grünen und Linkspartei allerdings nicht glücklich wird, müsste die FDP als natürlichen Ansprechpartner haben. Dort hat man aus dogmatischem Denken heraus allerdings lange Zeit abgelehnt, sich mit den Themen überhaupt nur intensiv zu beschäftigen – und steht bei der Frage nach der liberalen Alternative erbärmlich nackt da. Menschen verlangen von der Politik Lösungen für Probleme. Und eine Partei, die Probleme negiert und daher auch keine Lösungen anbietet, empfinden weniger als fünf Prozent der Wähler attraktiv. Das hat die Wahl eindeutig bewiesen.

Einer der Gründe für das Festhalten an manch überholter Überzeugung hat auch mit dem durch falsch verstandene ökonomische Theorien geprägten Weltbild zu tun. In diesem werden Probleme ausnahmslos durch staatliche Eingriffe – und das daraus zwangsläufig folgende Staatsversagen – verursacht. Der Markt an sich gilt vielen immer noch als Antwort auf alle Fragen. Dabei wird übersehen, dass Märkte nur dann diese Rolle spielen können, wenn sie funktionieren – eine Erkenntnis, die zentral für ordoliberalen Denken ist. Wenn dies nicht der Fall ist und sich Monopole oder sonstige Machtkonzentrationen herausbilden, ist ein Staatseingriff nicht nur eine Option, sondern die Voraussetzung für die Garantie von Freiheitschancen. Unfraglich wurde diese Argumentation in

der Vergangenheit immer wieder auch dann genutzt, wenn es eigentlich um andere Ziele ging. Das beklagen Liberale zu Recht. Die Alternative allerdings, jegliche Form von Marktversagen aus purer Angst vor Staatsversagen zu akzeptieren, führt in die Irre. Das ist unfraglich der zweite Punkt, den die Liberalen verstehen müssen.

Wenn alle anderen Parteien im Zweifel nach dem Staat rufen, ohne allerdings sämtliche marktwirtschaftliche Regeln gleich komplett in Frage zu stellen, müssen die Liberalen genau den entgegengesetzten Weg gehen: So viel Markt wie möglich, so viel Staat wie nötig. Das ist aus strategischer Sicht betrachtet ausreichend, um sich von den anderen eindeutig abzugrenzen. Immer unter der Voraussetzung natürlich, dass man nicht dauernd Ausnahmen von den eigenen Prinzipien definiert, wie es in der Vergangenheit zu oft geschehen ist. Weil man sich so allerdings aus einer fundamentaloppositionellen Position heraus bewegt, ist es außerdem die Basis, um wieder gesprächsfähig zu werden – mit allen demokratischen Parteien gleichermaßen, vor allem aber auch mit der Zivilgesellschaft.

Anfang der 1970er Jahre war die FDP mit Dahrendorf und Flach genau an diesem Punkt schon einmal. Sie war parlamentarischer Ansprechpartner für all diejenigen, die ihren eigenen Kopf hatten und Gesellschaft neu zu denken bereit waren. Um dort wieder hinzukommen, muss sich Christian Lindner allerdings noch nicht einmal auf alte VW-Käfer setzen und mit den Vertretern von Occupy diskutieren, wie es Dahrendorf damals mit Dutschke getan hat. Die Protagonisten des Wandels sind heute als Freiberufler oder Gründer viel weniger radikal, als die Revolutionäre der 68er-Bewegung es waren. Ihre Ideen haben meistens einen konkreten, greifbaren Nutzen und zahlen auf emanzipatorische und dezentrale Konzepte wie die Sharing und die Maker Economy ein. Liberaler geht es fast nicht. Das kann in Zukunft auch wieder für die FDP gelten, wenn sie ihren anstehenden Häutungsprozess ernst nimmt und sich den hier skizzierten grundsätzlichen Fragen offen und mit Neugier nähert.

Christoph Giesa (33) ist ehemaliger Landesvorsitzender der JuLis Rheinland-Pfalz.

e-mail mail@christophgiesa.de

twitter christophgiesa

facebook christoph.giesa

web www.christophgiesa.de



Politikverweigerung ist keine Politik

Noch eine Chance für die Liberalen

Ein bekanntes Phänomen in der Botanik ist, dass manche Pflanzen ein letztes Mal heftig blühen, bevor sie eingehen. Das erinnert uns an den FDP-Bundesparteitag in Hannover im Mai 2009. Er war gut besucht, hervorragend organisiert, die Stimmung war toll und die Party in den Herrenhäuser Gärten blieb seitdem unübertroffen. Und doch lässt sich die verdiente Wahlniederlage im vergangenen September bis zu diesem Wochenende zurückverfolgen. Für die Jungen Liberalen brachte Johannes Vogel, damals JuLi-Bundvorsitzender, den Antrag ein, die Senkung der Hotelmehrwertsteuer aus dem Parteiprogramm zu streichen. Die Debatte wurde lang und emotional geführt; doch als die Stimmung in unsere Richtung zu kippen drohte, trat Westerwelle ans Mikrofon und brachte den Parteitag wieder auf Linie. Man müsse auch mal was für die tun, die immer was für uns täten. Und „die Briefe an die DEHOGA sind schon raus“; das müssten wir jetzt so beschließen.

Das Ergebnis ist bekannt. Statt einfach, niedrig und gerecht wurde das Steuersystem

um eine weitere Ausnahme reicher und die FDP um einige Millionen Wähler ärmer. Wer über das Ausmaß medialen Hasses, über das Kampfgeschrei von der Mövenpickpartei jammert, wer nicht müde wird zu betonen, dass die bayerischen Grünen, die CSU und die SPD diese MwSt-Anpassung ebenfalls gefordert hätten, wer meint, das Wachstumsbeschleunigungsgesetz sei lediglich „schlecht verkauft“ worden, der begreift das wahre Problem nicht. Nicht nur, dass eine arbiträre Steuerausnahme fürs Frühstück im Hotel inhaltlicher Unsinn war, ist und bleibt. Das Problem war die in Hannover offen ausgesprochene Motivation dahinter. Das Problem war die zunehmende Bereitschaft der FDP, sich unverblümt für bestimmte Einzelinteressen auch dann einzusetzen, wenn dies für das Gros der Bevölkerung schädlich ist.

Die Spirale setzte sich in Gang.

Wer soll nach dem Debakel um die Mehrwertsteuer noch glauben, dass es der FDP in der Gesundheitspolitik nicht nur um private Kassen, Pharmaunternehmen und niedergelassene Fachärzte geht? Kann man es den Men-

schen verübeln, bei der FDP fortan besonders genau und überaus voreingenommen hingeschaut zu haben, wenn es um Personalpolitik in Ministerien, Einladungen zu Dienstreisen und unverzollte Orientteppiche ging? Hier eine Belehrung über die Sprachpraxis auf Pressekongressen mit dem deutschen Außenminister gegenüber internationaler Presse. Dort ein paar aufgeplusterte Worte von der „geistig-politischen Wende“. Gewisse FDP-Spitzenpolitiker entpuppten sich als Windbeutel – hohle Phrasen, inhaltlich leer. Wenn der nicht gerade für seine Faktenkenntnis bekannte Außenminister beginnt, unsensibel und missverständlich – für Voreingenommene also: unverhohlen und kalt – über die Schwächsten in unserer Gesellschaft herzuziehen, spätestens dann ist das Puzzle komplettiert und das teils selbst kreierte, teils herbei geschriebene Bild setzt sich allerorten fest.

Das Glück der Vielen legt man nicht in die Hände einer Partei, die nur die Wenigen oder gar hauptsächlich sich selbst im Auge zu haben scheint.

Die FDP hatte als Marke generell verschissen. Da half kein Christian Lindner, der sich, als es eng wurde, wegzuducken schien. Da half kein Philipp Rösler, der zunächst auf Steuer-senkung, dann auf Haushaltskonsolidierung, dazwischen auf Gauck und Prinzipientreue á la Schlecker und am Ende gar auf einen anderen Spitzenmann setzte. Da half kein Rainer Brüderle, kein Opel, kein Pfälzer Chauvi-Charme, kein Grünen-Bashing. Da half weder die positive wirtschaftliche Entwicklung noch der rekordverdächtige Arbeitsmarkt. Die Abschaffung der Praxisgebühr interessierte keinen. Wow, Überraschung! Die Liberalisierung des Fernbusverkehrs, die vielen Verbesserungen im Kleinen – vieles wird leider erst in einigen Jahren die Anerkennung finden, die es verdient. Die harte Realität ist aber auch: vieles wird wahrscheinlich nie mehr mit der FDP nach Hause gehen. Weder die Abschaffung der Wehrpflicht, noch die zwischenzeitliche Verhinderung der Vorratsdatenspeicherung. Zynisch gesprochen: nicht einmal die NSA-Affäre konnte den Liberalen helfen.

Dabei braucht Deutschland heute mehr denn je eine starke liberale Kraft. Europas größte Volkswirtschaft braucht eine Partei, die sich

zur Marktwirtschaft bekennt, zum klassischen Unternehmertum und zur modernen Startup-Szene. Deutschland braucht nach zwei totalitären Diktaturen im vergangenen Jahrhundert eine Partei, die die Rechte des Individuums respektiert, auch wenn es unbequem ist. Eine Partei, die staatlicher Macht misstraut und an eine freie Gesellschaft glaubt. Deutschland braucht im Zeitalter unbegrenzter technischer Möglichkeiten eine Partei, die der totalen Überwachung Einhalt gebietet. Eine politische Kraft, die die Agenda 2010 verteidigt, ohne blind für mangelnde Einstiegs- und Aufstiegschancen zu sein. Eine Partei, die in Einwanderern – ob Fachkräfte oder Asylsuchende – immer in erster Linie eine Bereicherung sieht.

Die FDP kann diese Partei sein.

Sie sollte nicht auf Umfragen schielen. Und sie sollte ihr Heil nicht in einer brüchigen Allianz mit Apothekern, Anwälten und Hotelbesitzern suchen. Sie muss weder nach rechts noch nach links rücken. Sie soll es nicht. Stattdessen gilt es, zur Stimme der zehn bis zwanzig Prozent liberal denkenden Menschen in Deutschland zu werden. Dafür muss die FDP ein neuer Geist der Freiheit und der Toleranz durchdringen. Sie muss den Ballast der Vergangenheit abwerfen, ohne ihre Traditionslinien zu verleugnen. Was als Projekt nach der Ablösung Westerwelles als Parteivorsitzender ausgerufen wurde und scheiterte, muss erneut auf die Tagesordnung: die neue FDP. Liberal. Eigenständig und unabhängig. Modern und progressiv. Inspirierend und motivierend.

Viele mögliche neue Wählerinnen und Wähler werden früher einmal Grüne oder SPD gewählt haben. Ihnen muss man sich nicht anbiedern. Man muss sie aber auch nicht beleidigen. Christian Lindner spricht gerne von „neuem Auftritt, neuer Stil“. Wir sind gespannt. Zarte Pflänzchen brauchen Pflege.



Doppelspitze

In der Kolumne „Doppelspitze“ schreiben Eva und Hanni ganz persönlich, kantig, spitz und provokant zu aktuellen oder grundsätzlichen Themen.

Johannes (Hanni) Wolf war Pressesprecher der Jungen Liberalen auf Bundesebene.

Eva Christina Scharbatke war Programmikerin der Jungen Liberalen in Hessen.

Auf zu neuen Ufern?

Es wird wieder diskutiert! Auf allen Ebenen der Partei, in Leitartikeln und im Internet wird die Wahlniederlage vom 22. September gedreht und gewendet. Eine zentrale Frage dabei: Wohin soll die FDP inhaltlich steuern?

Konsens ist wohl eines: Ein wesentlicher Grund für die Wahlniederlage war die inhaltliche Verengung der Partei. Selbst für Funktionsträger und aktive Wahlkämpfer war schwer erkennbar, welche Antworten die Partei eigentlich für die Probleme des Landes anbietet. In Wahlkampfreden wurde dafür ausgiebig dem Birkenstock-Populismus gefrönt und von Plakaten grinsten ein Rainer Brüderle mit dem spektakulären Versprechen den Soli abzu-

schaffen. Die FDP wollte also dafür gewählt werden, eine Kleinstabgabe abzuschaffen (2009 war es immerhin noch die Reform des gesamten Steuersystems) und gegen die Grünen zu sein. Ein grandioser Plan.

Jetzt gilt es die Partei wieder fit zu machen für die kommenden Herausforderungen. Dabei müssen neben personellen und strukturellen Neuerungen vor allem die Inhalte wieder nach vorne gestellt werden. Nie wieder darf die FDP als inhaltsleer oder Ein-Themen-Partei wahrgenommen werden, geht es uns doch eben nicht nur um Macht und Eitelkeit, sondern darum etwas zu bewegen, das Leben der Menschen zu verbessern. Letzteres funktioniert nur, wenn die Probleme der Leute auch respektiert und liberale Antworten darauf entwickelt werden. Es ist niemandem damit geholfen, Theoriegebilde möglichst verlustfrei in die Realität einzusetzen. Vielmehr bedarf es unideologischer, pragmatischer Lösungen, die unbürokratisch und schnell umgesetzt werden können. Diese Antworten rufen nicht sofort nach mehr Staat, wollen ihn aber auch nicht abschaffen. Wir brauchen einen starken Staat, einen der ein verlässlicher Garant für Regeln und Freiheitsrechte ist und den Rahmen bereitstellt, in dem

sich Wettbewerb entfalten kann. Ein solcher, liberaler Staat mischt sich aber nicht in die Lebensgestaltung seiner Bürger ein und agiert auch nicht als Unternehmer.

Die FDP muss sich wieder auf das besinnen, was sie immer wieder in ihren Programmen manifestiert hat. Einen umfassenden Liberalismus, in dessen Mittelpunkt der einzelne Mensch und seine Freiheit stehen, der darüber hinaus aber das große Ganze nicht aus dem Blick verliert. Ein solcher Liberalismus besteht nicht nur aus der Forderung nach Steuersenkungen und Abwesenheit des Staates in der Wirtschaft. Er umfasst auch gesellschaftspolitische Fragen, Bürgerrechtsthemen, internationale Kooperation und Bildungschancen. Freiheit ist eben nicht nur die Abwesenheit von Zwang und Gängelung, sondern hat auch eine positive Dimension. Die Möglichkeit für jeden, unabhängig von seiner Herkunft, sein Leben zu einer Erfolgsgeschichte zu machen. Aufstieg, gesellschaftliche Teilhabe und gleiche Rechte für jeden. Dabei geht es in Abgrenzung zum linken Spektrum nicht darum Ergebnishomogenität zu erzielen. Stattdessen braucht es wirkliche Chancengerechtigkeit und Ergebnisoffenheit.

Auch die europäische Einigung müssen wir uns immer wieder als urliberales Projekt vergegenwärtigen. Dem Reflex, der AfD programmatisch hinterherzulaufen, müssen wir daher widerstehen. Es mag sein, dass es in Deutschland das Potential für eine Europa-feindliche Splitterpartei gibt. Aber nur, weil es ein Wählerpotential gibt, heißt das nicht, dass der Weg auch inhaltlich richtig ist. Europa hat Freiheit, Frieden und Wohlstand für alle Europäer gemehrt. Die FDP muss deshalb einen klar pro-europäischen Kurs fortsetzen. Wir Liberale sind aber auch gefordert, den Menschen den Wert Europas wieder zu erklären und Europa sinnvoll weiterzuentwickeln.

Natürlich gehört ein klarer wirtschaftspolitischer Kompass auch weiterhin zum Grundinventar. Haushaltskonsolidierung und der Abbau der Schuldenberge unter der Maßgabe der Generationengerechtigkeit, sowie an Ent-

lastungen und Bürokratieabbau orientierte Steuerpolitik sind unumstößliche Grundsätze liberaler Politik. Wir wollen keinen unternehmerisch tätigen Staat, sondern die drastische Reduktion von Subventionsleistungen.

Starke Bürgerrechte sind der Garant der Freiheit in Deutschland und Europa. Die FDP muss wieder zur Bürgerrechtspartei werden. Andere werden diese Rolle nicht übernehmen. Anlasslose Überwachung, ob durch Kameras, die Vorratsdatenspeicherung oder durch Geheimdienste müssen wir aktiv bekämpfen. Der Datenschutz muss dafür gestärkt werden.

Auch Toleranz und Offenheit, ob in der Familien- und Gleichstellungspolitik oder der Integration und Frage vom Umgang mit Flüchtlingen, müssen wieder zum unverhandelbaren Kern der Programmatik aufgewertet werden.

Zweifelloos klingt das nach großer programmatischer Runderneuerung. Ist es aber mitnichten. Wir brauchen nur bedingt neue Inhalte erarbeiten, um uns entsprechend breit aufzustellen. In den Karlsruher Freiheitsthesen, dem Grundsatzprogramm der FDP, das in intensiver Basisbeteiligung entstanden ist, sind all diese Aspekte abgebildet. Als Mitglieder sollten wir uns die Mühe machen dieses ab-

und an aufzuschlagen und darin zu lesen. Es bedarf also nicht des Aufbruchs zu ganz neuen Ufern, ob nach links oder rechts, sondern der Wiederentdeckung der alten liberalen Wurzeln und die Anwendung dieser auf die Lebenswirklichkeit der Menschen. Genau diese Lösungsansätze müssen wir jetzt offen und ohne Scheuklappen in der Partei diskutieren. Dazu braucht es dank der großen Meinungsvielfalt ein hohes Maß an gegenseitigem Respekt und eine saubere Debattenkultur, die einer Partei der Meinungsfreiheit würdig ist. Es ist an uns jungen Leuten, jetzt den Fokus auf Inhalte einzufordern, dazu müssen wir JuLis unsere Rolle als Hefe im Teig konsequent einnehmen, innovativ vorangehen und den Mut zum neuen Weg finden.

Lasse Roth (25) ist Student und Beisitzer im Bundesvorstand.

[e-mail roth@julius.de](mailto:roth@julius.de)

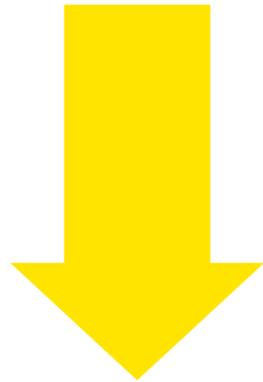
[twitter lasse_roth](https://twitter.com/lasse_roth)

[facebook roth.lasse](https://www.facebook.com/roth.lasse)



Erfolg statt reine Lehre?

Mehr erreichen statt perfekte Programmatik



0,2%

haben der FDP für den Deutschen Bundestag gefehlt. Mit 0,2% mehr gäbe es noch eine FDP-Fraktion - und wahrscheinlich wieder eine Regierungsbeteiligung.

Bei einem so knappen Ergebnis hätte man die fehlenden Stimmen theoretisch auf vielen Wegen mobilisieren können. Anderes Personal, andere Plakate, andere Schwerpunktthemen. Vielleicht hätte schon ein Nischenthema in den Medien oder eine last-minute-Kampagne den Unterschied gemacht.

Das Wahlergebnis ist daher ein gefundenes Fressen für alle, die sich eine thematische Veränderung wünschen. Bei derartigen Diskussionen meint jedoch naturgemäß meist jeder, dass es für die liberalen These, welche er oder sie vernachlässigt sieht, noch unerschöpftes Wählerpotential gäbe.

Bei der Selbstbeschäftigung der FDP und dem Streit um reine Lehre und die besten Modelle übersehen die Liberalen meist, dass theoretische Konzepte meist nicht die wahlentscheidenden Dinge sind.

2005 hat das Steuermodell Kirchhofs der Union mehr geschadet als genutzt, so dass Merkel es wieder einkassierte. 2009 war dann zwar Steuerensenkung das Top-Thema der FDP, es kann jedoch nicht das Leib und

Magen-Thema der FDP-Wähler gewesen sein - sonst wäre die Stimmung beim Thema Steuern nicht so schnell wieder gekippt. Ausschlaggebend für den guten Wahlerfolg war wohl eher die Aufbruchsstimmung, die viele Wähler aus den Milieus der enttäuschten Konservativen, aber auch der Neu- und Nichtwähler mobilisierte. Die FDP wirkte wirtschaftspolitisch kompetenter und visionärer als die Konkurrenz. Daher bekam sie von den Wählern die Chance, etwas zu verändern. Diese mag sie nicht genügend genutzt haben. Jedoch hat die FDP im Vergleich zu den vier Jahren Große Koalition zuvor einiges an positiver Veränderung erreichen können. Von den Erfolgen profitierte jedoch die Kanzlerin - die Frau, der die Deutschen vertrauen. Einen wirklich rationalen Grund, warum man ausgerechnet einer Frau, die vermeidet, klare Positionen zu beziehen, die Führungsrolle zutraut, können die wenigsten Deutschen nennen.

Das Rationale ist aber auch nicht entscheidend, sondern das Gefühl, bei einer Person gut aufgehoben zu sein, die jede Krise übersteht. Wahlentscheidend ist das Bauchgefühl.

Dieses Bauchgefühl ist auch ein Haupterfolgsfaktor der Grünen. Sie werden gewählt für das gute Gewissen. Oder aufgrund eines wohligen Gefühls, denn die Grünen haben ein positiv besetztes Image. Was die Grünen jedoch besonders gut beherrschen, ist die Emotionalisierung. Emotionen sind die beste Grundlage zur Motivation. Und ohne Motivation der Wähler sieht es mit der Mobilisierung für eine Partei schlecht aus.

Diese Emotionalität bei Ereignissen wie Fukushima ist den meisten Liberalen zuwider. Doch die Natur des Menschen lässt sich schlecht ändern, schon gar nicht parteipolitisch. Während liberale Programmatik versucht, ein gesellschaftliches Miteinander zu ermöglichen, ohne den Einzelnen zu ändern, versuchen wir Liberale zu oft vergeblich bei Mitmenschen mit Argumenten zu missionieren und grundsätzliche Denkweisen zu ändern. Als Partei erzielt man jedoch gesellschaftliche Veränderungen dadurch, dass man Wähler für sich gewinnt und dann Mehrheiten für Gesetzes- und Regierungsinitiativen findet, welche die Gesellschaft ein Stück weiter zur eigenen Idealvorstellung rücken. Solche politischen Veränderungen entsprechen höchst selten der reinen Lehre - in der Regierungszeit ist dies bei der Basis der FDP nie richtig angekommen. Umgekehrt hat die Spitze nicht verstanden, dass der Wähler nicht so viel Programmpünktchen wie möglich umgesetzt haben wollte, sondern soviel Wirtschaftskompetenz und Veränderungsdrang wie möglich. So hat die FDP bei Klein-Klein und Kuhhandel und öffentlich diskutierten Detailfragen in Krisenzeiten eine schlechte Figur gemacht.

Wenn die FDP erfolgreich sein will, muss sie lernen, sich vor allem selbst erfolgreicher zu verkaufen. Wählerstimmen wird es nur geben, wenn die Liberalen wieder auf der Bauch- und Vertrauensebene punkten.

Hierzu müssen die Liberalen sich als APO nicht inhaltlich, sondern kommunikativ neu aufstellen. Dazu sollten wir uns anschauen, welche Methoden bei NGOs erfolgreich sind:

1) Emotionalisierung anhand von Bildern.

Hilfs- und Umweltorganisationen suchen sich zur Mobilisierung von Unterstützern meist einzelne Schicksale oder Fälle bekannter Naturzerstörung aus. Diese lassen sich anschaulich darstellen und erzeugen Betroffenheit. Abstrakte Konzepte, Fakten und gesellschaftliche Modelle motivieren die meisten Menschen nicht dies zu unterstützen.

2) Positiv und konstruktiv sein.

Streithähne und Besserwisser schrecken ab. So stoßen militante Tierrechtler, die aggressiv ein moralisch überlegenes Weltbild kommunizieren, meist auf Ablehnung. Echten Erfolg im Umgang von Gruppen und Institutionen mit Tieren haben dagegen diejenigen, die das ruhige Gespräch sowie gemeinsame Werte und Ansichten mit Multiplikatoren suchen. Die FDP ist mittlerweile dafür bekannt notorisch uneinsichtig zu sein. Innerparteilicher Streit um die immer selben Fragen potenziert diesen Eindruck noch. Die Liberalen sollten daher die APO-Zeit nutzen,

um sich mit Kritikern auf eine Seite schlagen und neue Verbündete als Kontakte für gemeinsame Ziele zu gewinnen. Hierzu müssen Liberale Fehler und Probleme ihrer Politik eingestehen und dann konstruktiv aufzeigen, welche Vorteile liberale Programmatik dennoch für den einzelnen Menschen konkret mit sich bringt.

3) Visionen statt Konzepte.

Aktivisten wie Martin L. King oder Gandhi haben es geschafft durch konsistente Predigten und geschlossen stehende Minderheiten die Mehrheit der Gesellschaft umzustimmen. Ihre Stärke in der Mobilisierung von Menschen war es, eine Vision und eine gemeinsame Richtung vorzugeben. Die Grundsatzprogramme von FDP und JuLis beschreiben bereits, in welche Richtung wir mit den Menschen gehen wollen. Der Geist von „I have a dream“ ist wichtiger als „Wir haben da ein juristisches Konzept“, damit Menschen den Liberalen eine Vorkämpferrolle zutrauen

Beret Roots (28), Dipl. Psychologin, ehemaliges Bundesvorstandsmitglied der Jungen Liberalen.

e-mail roots@julis.de

facebook b.for.beretta

twitter beretroots



„Kommt konstanter Erfolg nicht von konstantem Wandel?“

DR. REGINE WOLFGRAMM
General Manager Qualitätsmanagement bei Reemtsma

In den globalen und schnellen Märkten von heute kann nur der erfolgreich sein, der nach vorne denkt und offen für Veränderungen ist. Bei Reemtsma hat der Wandel Tradition. Genau genommen über 100 Jahre. Ob in der Produktentwicklung oder im Vertrieb - unsere Erfahrung stellt sicher, dass neue Ideen nachhaltig und gut sind. Im Sinne unserer Mitarbeiter, unserer Geschäftspartner und unserer Konsumenten. Für eine Zukunft, die gestaltet. www.reemtsma.de

WERTE LEBEN. WERTE SCHAFFEN.



REEMTSMA

Gedanken zu Europa



Am 25. Mai 2014 ist Europawahl, sie wird der erste bundesweite Härte-test für die FDP seit dem katastrophalen Abschneiden bei der Bundestagswahl werden. Grund genug sich Gedanken über Europa zu machen – als Wertegemeinschaft, als Wirtschaftsraum, als liberales Politikfeld.

Europa als Wertegemeinschaft

Leider haben viele Wähler immer noch nicht erkannt, welche Bedeutung Europa für die Politik in Deutschland hat – nur so ist zu erklären, warum die Europawahlen immer noch von vielen als Protestwahl-Vehikel missbraucht werden. Nicht umsonst warnte der italienische Ministerpräsident Letta dieser Tage vor einer Sperrminorität der antieuropäischen Parteien im Europaparlament. Die unselige AfD wird hier sicher keine Ausnahme machen. Zwar haben Lucke und Co. bislang der Versuchung widerstanden, der offen rassistischen Allianz aus Geert Wilders und Front National beizutreten, aber das wohl eher aus wahltaktischen als aus ideologischen Gründen.

Allerdings ist auch die Inhaltsleere der Parteien in der Europapolitik sicher mit ein Grund, warum viele Europa gar nicht als politischen Akteur, sondern vor allem als Spielball nationaler Egoismen wahrnehmen. Leider war die FDP hier in der Vergangenheit keine Ausnahme: Der Slogan „Für ein liberales Europa“ von 2009 war inhaltlich ein Witz. Das Bürgerprogramm von 2013 schiebt die Schuld an der Eurokrise doch allen Ernstes allein der Schröder-Regierung zu und verliert sich ansonsten in schönen Formulierungen zur europäischen Wertegemeinschaft, von der höchst fragwürdigen Forderung nach dem Ende des ESM mal abgesehen.

Dabei ist gerade dieses Europa der Werte, als Leuchtturm von Frieden und Wohlstand in der Welt, eine fernere Utopie denn je. Dies zeigen nicht zuletzt die Stacheldrahtmentalität der Europäer an ihren Südgrenzen und die Erzschanze der westlichen Welt in Syrien.

Allzu lange haben wir Liberale uns beim Thema Flüchtlinge hinter der Sicherheitsparanoia der Union versteckt. Die überalterten Gesellschaften Europas brauchen Zuwanderer, um ihren Wohlstand erhalten zu können.

Die skandinavischen Länder reißen sich um die hochqualifizierten Migranten aus Syrien, wir in Deutschland sperren sie in alte Schulen und verbieten ihnen zu arbeiten. Wir Liberale glauben, dass Menschen unterschiedlich sind, aber alle gleichermaßen eine Chance verdient haben – geben wir sie ihnen! Eine Politik der hohen Mauern, wie sie einige Politiker in Norwegen und der Schweiz praktizieren, kommt für ein Land wie Deutschland ohne Ölreserven oder Schwarzgeldkonten nicht in Frage. In diesem Punkt müssen wir Liberale klar und eindeutig sein: Ein Ende der tragischen Stacheldrahtpolitik in Europas Süden tut Not, diese ist spätestens mit der Katastrophe vom 03. Oktober 2013 gescheitert.

Europa als Wirtschaftsraum

Statt als Wertegemeinschaft wird Europa von den meisten Menschen hauptsächlich als Wirtschaftsraum wahrgenommen – oder eben als Währungsunion in der Krise. Dieses Thema wird die Europawahl entscheiden – allen Appellen der Politik an Europa als Friedensprojekt zum Trotz.

Deutschland, mit seiner stark auf den Export ausgelegten Wirtschaft, profitiert sowohl vom Euro als auch vom gemeinsamen europäischen Wirtschaftsraum wie kein anderer europäischer Staat. Ein kleines Gedankenexperiment: Was würde passieren, wenn Deutschland noch heute aus dem Euro aussteigen und die D-Mark wieder einführen würde? Richtig, der Kurs der D-Mark würde durch die Decke schießen, so wie der Schweizer Franken vor seiner Kopplung an den Euro-Kurs. Das Rückgrat der deutschen Wirtschaft, der Export, bräche weg. Wer das ernsthaft möchte, der wählt auch AfD.

Stattdessen beschenkt die Eurokrise die Deutschen mit einem kuriosen Wettbewerbsvorteil: Billiges Geld und ein niedriger Eurokurs trotz brummender Konjunktur. Doch im wirtschaftlichen Ungleichgewicht zwischen den europäischen Staaten liegt auch die Ursache der Krise und nicht etwa im Aufweichen des Stabilitätspaktes, welcher im Übrigen schon unter Kohl begann. Wir Deutschen bezahlen jetzt die Rechnung für den wirtschaftlichen Höhenflug der Jahre davor, denn erst die mit deutschen Krediten an die heutigen Krisenstaaten bezahlten deutschen Wirtschafts-

güter haben unseren Wohlstand ermöglicht.

Es mehren sich deshalb die Stimmen – der Nobelpreisträger Paul Krugman ist sicher die prominenteste –, die von Deutschland fordern, gegen den Handelsbilanzüberschuss vorzugehen. Diese Kritik ist berechtigt: Nur wenn sich die europäischen Staaten wirtschaftlich annähern, können sie zu einem echten einheitlichen Wirtschafts- und Währungsraum verwachsen und künftige Krisen verhindern.

Den Export einzudämmen ist dabei sicher keine Option, sinnvoller wäre es, die Binnenkonjunktur zu stärken. Diese wurde in den letzten Jahren – leider auch unter der schwarzgelben Bundesregierung – künstlich niedrig gehalten, um den oben angesprochenen Exportvorteil zu erhalten. Die unerhört niedrigen Löhne im Osten oder das Zulassen fragwürdiger Werkvertragsmodelle in exportorientierten Branchen wie der Schlachtindustrie sind nur zwei von vielen Beispielen. Gleichzeitig werden in Brüssel sinnvolle Regelungen blockiert, welche die eigene Exportwirtschaft in einen echten Wettbewerb zwingen würden, hier sei das Abwürgen des europäischen Emissionshandels und der PKW-Abgasnormen genannt.

Deutsche Politiker nehmen europäische Wirtschaftspolitik offenbar immer noch als eine Art Wettbewerb um Marktanteile zwischen den Staaten wahr, statt eine gemeinsame europäische Wirtschaftspolitik zu betreiben. Zwar ist der Wettbewerbsgedanke ein Grundpfeiler der liberalen Marktwirtschaft, gemeint ist hier jedoch der Wettbewerb zwischen den Mitspielern, nicht zwischen den Schiedsrichtern. Eine liberale europäische Wirtschaftspolitik muss deshalb Schluss machen mit dem deutschen Sonderweg beim Klimaschutz, sie muss die Binnenkonjunktur ankurbeln, ohne in Gleichmacherei à la Mindestlohn zu verfallen und sie muss vor allem Europa als gemeinsamen Wirtschaftsraum mit echtem Wettbewerb begreifen, statt als Kundenstamm der deutschen Exportwirtschaft.

Florian Jäckel (28) aus Heidelberg ist Rechtsreferendar

e-mail jaeckel@julius.org



Auf eine Kippe mit Alex

Seit dem letzten Bundeskongress in Düsseldorf Anfang November haben wir JuLis einen neuen Bundesvorsitzenden – Alexander Hahn übernahm den Staffelstab von Lasse Becker. Kurz nach seiner Amtsübernahme hat das j+l ihn interviewt, mit der Intension allen Lesern, die nicht selbst auf dem Kongress zugegen sein konnten, ein authentisches Bild des neuen Verbandschefs zu zeichnen.

Lieber Alex, wie waren denn Deine ersten Tage als Bundesvorsitzender?

Die ersten Tage und Wochen waren aufregend und spannend – nicht zuletzt, weil ich mich schon in der zweiten Woche intensiv mit Hund- und Katzen beschäftigten durfte (lacht). Viele Eindrücke, zahlreiche Gespräche und neue Herausforderungen. Auch wenn man sicherlich gewisse Vorstellungen hat, was einen in diesem Amt erwartet, ist es dennoch eine neue und am Anfang auch ungewohnte Erfahrung. Aber ich fühle mich all dem gewachsen und hab Lust loszulegen.

Wieso hast Du Dich überhaupt in dieser Situation so kurzfristig dazu entschieden diese Herausforderung anzustreben? Was treibt Dich persönlich an?

Im Bundesvorstand konnte ich in der Vergangenheit schon viele Erfahrungen sammeln, vertrete uns bereits seit über einem Jahr im FDP-Bundesvorstand, bin in die laufenden Projekte involviert und kenne das Team. Wenn wir in dieser einmaligen Gestaltungsphase eine Rolle spielen wollen, sind diese Faktoren eine solide und wichtige Grundlage für unsere Einflussnahme und Durchsetzungskraft in der FDP. Deshalb habe ich mich in dieser Situation für den Bundesvorsitz beworben und möchte die FDP gemeinsam mit den JuLis gestalten und vorantreiben. Ich bin guter Dinge, dass uns dies auch gelingt, wenn wir zusammen hartnäckig genug sind!

Welche Agenda und Akzente hast Du Dir für Deine „erste halbe Amtszeit“ bis April denn überhaupt gegeben?

In dieser Zeit wird viel passieren: Die Partei stellt sich personell und inhaltlich ja gerade

neu auf. Genau das möchte ich für die JuLis kritisch, aber vor allem auch konstruktiv begleiten und auch beeinflussen. Nach außen gibt es dann noch durch die bevorstehenden Europa-, Landtags- und Kommunalwahlen viel zu tun. Wir werden seitens des Bundesvorstandes da natürlich entsprechende Kampagnen auf die Beine stellen und unsere Wahlkämpfer vor Ort so gut unterstützen wie es möglich ist!

Wie willst Du denn gerade hinsichtlich der Wahlkämpfe, aber auch im Allgemeinen dem Problem der schwindenden Presse-Aufmerksamkeit begegnen?

Das Ausmaß der schwindenden Aufmerksamkeit können wir aktuell ja nur erahnen. Klar ist aber, dass wir uns unsere Präsenz in Zukunft hart erarbeiten müssen. Sei es durch eine Social-Media-Kampagne des Bundesverbandes, die frech und überspitzt Stellung bezieht, oder auch durch selbst organisierte Podiumsdiskussionen durch beispielsweise die Kreisverbände. Einen umso wichtigeren Stellenwert haben jetzt auch die Funktions- und Mandatsträger vor Ort, die klar Stellung beziehen können und dabei meist auch in den regionalen Medien weiter Gehör finden.

Hätten wir JuLis rückblickend – nachdem die Niederlagen in Bayern und dem Bund etwas gesackt sind – die Mutterpartei stärker beeinflussen müssen?

Sicherlich ist im Bundestagswahlkampf, aber auch in den Jahren davor einiges schief gelaufen. Ein verkorkter Koalitionsvertrag, eine durchwachsene Regierungszeit und zu guter Letzt eine erniedrigende Zweitstimmenkampagne, durch die sich die FDP nach außen hin

selbst aufgegeben und zum Mehrheitsbeschaffer der Union degradiert hat. Wir JuLis haben dabei kein Blatt vor den Mund genommen und deutliche Kritik geübt. Klar ist aber auch: Wir können uns nicht immer hinstellen und von unserer Führungsspitze Teamplay einfordern und dann über öffentliche Kanäle querschießen. Deshalb haben wir die Kritik – insbesondere an der Wahlkampfführung –

oft im persönlichen Gespräch oder in den entsprechenden Gremien geäußert und wurden damit mal mehr und mal weniger ernstgenommen. Das grundsätzliche Problem dabei ist, dass wir zum Beispiel als JuLi-Bundesvorstand innerhalb der Führungsgremien der FDP zwar Probleme ansprechen, aber eben nicht die Leitlinien direkt von Anfang an bestimmen können. Gerade deswegen ist es unheimlich wichtig, dass sich so viele JuLis wie möglich auch in der FDP engagieren, damit wir hier mehr Einfluss aufbauen können.

Vielleicht haben wir dann in der Zukunft die Möglichkeit solche Fehlentwicklungen im Vorhinein zu verhindern!

Auf dem letzten Bundeskongress in Düsseldorf haben die JuLis ein Strategiepapier verabschiedet, das sich mit der aktuellen Lage und der Neuerung der FDP befasst. Welche Aspekte dieses Papiers sind Deines Erachtens die wichtigsten Grundpfeiler? Und warum genau diese?

Ich finde es richtig und wichtig, dass wir uns

als Partei der Vielfalt begreifen und dabei auf eine enge Verbindung von wirtschaftlicher, aber vor allem auch verstärkt persönlicher Freiheit setzen. Selbstverständlich bedeutet wirtschaftliche Unabhängigkeit mehr individuelle Freiheit, aber Aufstiegschancen und Chancengerechtigkeit sind dafür die Voraussetzung! Das muss liberale Politik als Grundlage wieder stärker in den Mittelpunkt stellen. Wir müssen daher auf die gesellschaftlichen, sozialen,

bürgerrechtlichen und ökologischen Fragen dieser Zeit Antworten bieten und dürfen uns nicht durch eine thematische Verengung selbst beschneiden. Eine wichtige Kernbotschaft des Strategiepapiers ist aber auch, dass wir starren Koalitionsaussagen eine klare Absage erteilen. Ein demokratisches Bündnis unterschiedlicher Parteien sollte sich an einer erkennbar liberalen Handschrift und nicht an persönlichen Sympathien und Befindlichkeiten der Personen messen lassen, die sich irgendwann nach Wahlen zusammensetzen. Grundlage der innerparteilichen Prozesse in den nächsten Jahren muss aber auch eine umfangreiche

Parteireform sein. Wir brauchen eine deutlich stärkere Basisbeteiligung bei allen Entscheidungen. Ganz vereinfacht zum Beispiel durch ein Rederecht aller Mitglieder auf Parteitag, ein Antragsrecht jedes Delegierten oder durch die intensivere Einbindung des Internets in konkrete Entscheidungen.

Die Wahl Christian Lindners zum neuen Vorsitzenden alleine wird die Partei wohl nicht aus der Krise bringen. Das hat das muntere Durchwechseln des Personaltableaus in der Koalition bereits beeindruckend bewiesen. Was muss Deines Erachtens darüber hinaus strukturell und inhaltlich verändert werden?

Wir sind keine „One-Man-Show“ und dürfen sowas auch niemals anstreben. Die Partei ist vielfältige und breit aufgestellte. Genau das muss sie auch nach außen zeigen. Nach innen müssen wir diese Vielfalt zukünftig vor allem viel konstruktiver nutzen, anstatt sich in den eigenen Reihen gegeneinander auszuspielen. Wir müssen optimistisch und lösungsorientiert in die Zukunft schauen. Inhaltlich ist ganz wichtig, dass wir immer wieder daran erinnern, dass wir die Datenschutzpartei in Deutschland sind. Aber auch, dass wir Liberalen die einzige Partei sind, die konsequent auf einen konsolidierten Haushalt und Schuldenabbau setzt und sich ordnungspolitisch nicht dem blinden Populismus hingibt. Dass diese Grundüberzeugungen im Bundestag fehlen, zeigt sich ja schon jetzt bei den laufenden Koalitionsverhandlungen. Diesen luftleeren Raum im Deutschen Bundestag müssen wir wieder mit Ideen und liberalen Konzepten füllen – jetzt dann eben aus der APO heraus! 2009 waren wir eine Ein-Thema-Partei, 2013 waren wir leider eine Kein-Thema-Partei. Bei der nächsten Wahl möchte ich den Bürgern ein Angebot machen, das auf die drängenden Fragen der Zeit mit vielen Themen reagiert. Strukturell überstehen wir diese außerparlamentarische Durststrecke nur im Team und mit einer starken Einbindung aller Mitglieder. Gehen wir's an, wir schaffen das zusammen!

Dieses Interview mit dem neuen Bundesvorsitzenden der Jungen Liberalen Alexander Hahn führte der Chefredakteur des j+l - Michael Lindner.



Vernetzung der JuLis Österreich und Deutschland

Eine Woche nach dem verpassten Wiedereinzug der FDP in den Deutschen Bundestag gelang in Österreich der Einzug einer neuen liberalen Kraft in das Nationalparlament: Die NEOS. 2012 aus der Mitte der Gesellschaft entstanden, voll frischer, liberaler Ideen – und ein pinker Hoffnungsschimmer für uns, dass der Liberalismus in Europa noch mobilisieren kann. Unsere Freude war groß, dass damit auch unsere langjährigen Partner, die JuLis Österreich, die sich zusammen mit dem LIF den NEOS vor der Wahl angeschlossen haben, im Parlament vertreten sind. Um diese Partnerschaft weiter zu intensivieren haben wir die JuLis Österreich in diesem Jahr bereits mehrfach getroffen. Ihr Vorsitzender und frisch-gewählter Nationalratsabgeordneter, Niki Scherak, hat zusammen mit der Stv. JuLi-Vorsitzenden Claudia Gamon, den Landeskongress der JuLis NRW in Lünen besucht um dort von ihrer Bewegung und dem Wahlkampf zu berichten. Im Oktober habe ich dann als International Officer die Chance für einen Gegenbesuch auf dem Bundeskongress der JuLis Österreich in Wien genutzt. Es war sehr spannend zu sehen, wie ein solcher Kongress dort abläuft. Am Vorabend zum eintägigen Kongress gab es einen Europa-Empfang inklusive einer interessanten Diskussion mit der Nationalratsabgeordneten Beate Meinel-Reisinger von den NEOS. Der Kongress selbst am nächsten Tag ähnelte sehr den unseren, zumindest, was die vorgegebene

Struktur anging. Nach Grußworten, bei denen ich die besten Wünsche aus Deutschland übermitteln durfte, standen Vorstandswahlen auf dem Programm. Danach wurde mit etwa 80 Teilnehmenden intensiv diskutiert, wobei es doch etwas lockerer ablief, als bei unseren BuKos, was auch mit dem Start-Up-Feeling in der NEOSphäre, wo der BuKo stattfand, zusammenhängen könnte. Viele der Diskussionen hätten auch auf einem unserer Kongresse geführt werden können, bspw. zum Thema Datenschutz oder zum europäischen Bundesstaat. Ebenso erinnerte die Art der „Zwischenfragen“, die es z.T. gab, stark an so manchen Kongress in Deutschland: „Denkst du nicht auch, dass...?“ Eine spannende Erfahrung und viel Spaß, nicht zuletzt bei der BuKo-Party abends in toller Atmosphäre und sogar inklusive dem JuLi-Hymnen-Import aus Deutschland.

Mit einer 6-köpfigen Delegation waren die JuLis Österreich dann auch bei unserem Bundeskongress in Düsseldorf und viele unserer JuLis haben die Chance genutzt, sich am Rande des Kongresses oder im Neumitglie-

derseminar mit ihnen auszutauschen. Um den Erfahrungsaustausch zu intensivieren wurde noch ein gemeinsames Seminar zum digitalen Campaignen, dem NEOS-Vorwahlssystem zur Listenaufstellung und zu Orga-Aspekten Ende November 2013 in Wien vereinbart – und das wird sicherlich nicht das letzte Mal gewesen sein, dass wir uns treffen!

Die JuLis Österreich waren aber nicht die einzigen internationalen Gäste auf unserem BuKo in Düsseldorf. Von unserem europäischen Dachverband LYMEC waren Anne van der Graf (Treasurer) und Igor Caldeira (Political Officer) das gesamte Kongresswochenende anwesend und standen für Gespräche zur Verfügung. Gerade im Vorfeld zu den Delegiertenwahlen zu unseren internationalen Dachverbänden wurden ihnen und unserem Internationalen Komitee 2 Stunden lang auf dem „gelben Sofa“ im Vorraum zum Kongress viele Fragen gestellt. Am Sonntag stieß dann noch der Präsident unseres weltweiten Dachverbands IFLRY, Thomas Leys, dazu.

Podcasts zum Event

Über folgende QR-Codes könnt Ihr Euch unsere internationalen Podcasts zum Besuch der JuLis Österreich und anderer internationaler Gäste auf unserem BuKo anschauen.



Barcamp des deutsch-französischen Jugendwerkes (DFJW)

Als ich Anfang August über Julis International vom diesjährigen Barcamp des deutsch-französischen Jugendwerkes (DFJW) „Ich wähle also bin ich“ hörte, wusste ich sofort: Da muss ich hin! Also mit dem Zug auf nach Berlin, wo wir, rund 80 Teilnehmer aus Deutschland und Frankreich, 5 Tage über die zentralen Fragen unserer Zeit diskutierten. Von Eurokrise über Energiewende bis hin zur Frage „Lohnt wählen sich überhaupt?“ wurden die, von den Teilnehmern vorgeschlagenen, Themen in Sessions und online auf Facebook und Twitter unter dem Hashtag #bcdjw (Barcamp Deutsch-Französisches Jugendwerk) debattiert. Mich als Liberaler hat in den Diskussionen besonders das unterschiedliche Staatsverständnis zwischen Deutschen und Franzosen fasziniert. Bei Fra-

gen zur Rettung „systemrelevanter“ Unternehmen oder der sozialen Fürsorgepflicht, ergaben sich für mich in den Gesprächen zwischen Deutschen und Franzosen grundlegende Unterschiede. Das Barcamp war ein unglaublich interessantes Erlebnis und gleichzeitig meine erste Teilnahme an einer internationalen Veranstaltung für die JuLis. Die Begegnung mit zahlreichen engagierten, politischen Menschen wird mir noch lange in Erinnerung bleiben und lassen mich schon jetzt hoffen, beim nächsten DFJW-Barcamp wieder dabei sein zu können.

Joel Guschker (18) ist Mitglied im Kreisvorstand der JuLis Heidelberg und im Bezirksvorstand Nordbaden.

e-mail joel.guschker@julius-heidelberg.de



Noch Fragen?

Bei allen Fragen zur internationalen Arbeit könnt ihr euch gerne an mich – Miriam Reinartz – wenden:

e-mail miriam.reinartz@julius.de

Lest mehr über unsere internationalen Besucher während des Wahlkampfes online!
Dazu einfach dem QR-Code folgen

Impressum

jung-liberal ist das Mitgliedermagazin des Bundesverbandes der Jungen Liberalen. Es erscheint viermal jährlich. Zu beziehen ist jung + liberal per Abonnement, Mitglieder der Jungen Liberalen erhalten das Magazin automatisch im Rahmen ihrer Mitgliedschaft. jung + liberal wird gefördert aus Mitteln des Bundesministeriums für Familien, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ).

Herausgeber: Bundesverband Junge Liberale e.V., PF 540243, 10042 Berlin, Telefon: (030) 28 38 87 91, Telefax: (030) 28 38 87 99, E-Mail info@julius.de

Chefredaktion (V.i.S.d.P): Michael Lindner (lindner@julius.de); Stellvertretung: Jeanine Weiss

Autoren: Marcus Faber, Christoph Giesa, Alexander Hahn, Julia Hesse, Michael Lindner, Mona Model, Florian Philipp Ott, Miriam Reinartz, Lasse Roth, Beret Roots, Eva Christina Scharbatke, Maximilian Yang, Johannes Wolf.

Lektorat: Christian Bauer, Ulrich Lechte, Katrin Säckel, Johannes Wolf.

Auflage: 11.000 Exemplare

Gestaltung: Himmel & Jord, Berlin

Mit dem Namen des Autors versehene Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Nachdruck mit Quellenangabe erwünscht, Belegexemplar erbeten. Für unverlangt eingesandte Fotos und Manuskripte übernehmen wir keine Haftung

Bildnachweise

Cover: dreed / photocase.com

Seite 4/6: dye / photocase.com

Seite 8/9: una.knipsolina / photocase.com

Sofern nicht anders ausgewiesen sind alle Fotos und Illustrationen

© JuLis/privat sowie Himmel & Jord GmbH, Berlin



Für die kommende Ausgabe mit dem Schwerpunkt der nahenden Europawahl können gern ab sofort Artikelvorschläge und Ideen eingesandt werden. Auch bzgl. einer Aufnahme in den Autorenverteiler, Leserbriefe und Blattkritik bitte einfach eine E-Mail an jundl@julius.de schicken.



Bleiben Sie gesund.

Und sonst können Sie sich auf eines der besten Gesundheitssysteme der Welt verlassen.

Ein Blick über den Gartenzaun zeigt: So gut wie bei uns ist die medizinische Versorgung in kaum einem anderen Land. Freie Arztwahl, kurze Wartezeiten, medizinischer Fortschritt für alle. Das garantiert unser Zwei-Säulen-System aus Gesetzlicher und Privater Krankenversicherung. Typisch deutsch – und einfach riesig. Erfahren Sie mehr unter www.pkv.de



Verband der Privaten
Krankenversicherung